

Gemeinsame Presseinformation

Stuttgart, 3. April 2017

Bündnis gegen Altersarmut Baden-Württemberg fordert Kurswechsel in der Rentenpolitik

30 Organisationen, Verbände und Gewerkschaften aus Baden-Württemberg haben sich heute in Stuttgart zu einem breiten gesellschaftlichen Bündnis gegen Altersarmut zusammengefunden, um noch vor der Bundestagswahl für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik einzutreten. Bei der Konstituierung im Haus der Katholischen Kirche in Stuttgart wurde das Bündnispapier am späten Vormittag unterzeichnet. Mehr als 50 Veranstaltungen sind allein bis zu den Sommerferien geplant. Die Bündnispartner eint die Sorge, dass bereits ab 2030 Millionen ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf den Gang zum Sozialamt angewiesen sein werden, wenn nicht heute gegengesteuert wird. Die damit verbundenen Folgen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft seien dramatisch.

Im Bündnispapier halten die Partnerinnen und Partner fest: „Eine reiche und soziale Gesellschaft darf es nicht länger zulassen, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, in Armut geraten. Ein Wechsel in der Rentenpolitik ist dringend nötig und auch möglich. Die gesetzliche Rente soll wieder die Wahrung des Lebensstandards im Alter ermöglichen. Sie muss Armut im Alter verhindern! Wir halten ein Rentenniveau von wenigstens 50 Prozent für erforderlich!“

Link zum Bündnispapier:

https://bawue.verdi.de/++edit++/++file++58de1a2b7713b85df54a0911/download/mit%20Logos%20und%20Grafik%20-%20Rente%20B%C3%BCndnispapier%20-%20Entwurf_Stand%2030.03.17.pdf

Martin Gross, ver.di Landesbezirksleiter: „Wir hatten die Initiative für dieses Bündnis ergriffen, weil wir schon seit Jahren wissen: Insbesondere bei den

PRESSEINFORMATION

Verantwortlich:

Andreas Henke
ver.di-Landesbezirk
Baden-Württemberg
Königstraße 10 a
70173 Stuttgart
0711/88788-2390
0170/2212331
andreas.henke@verdi.de
<http://bawue.verdi.de>

Gemeinsame Presseinformation

30 unterdurchschnittlich bezahlten Berufen im Dienstleistungsbereich, das
betrifft zig Millionen Menschen in Deutschland, tickt eine soziale
Zeitbombe. Wer den Mindestlohn erhält, muss 58,7 Jahre Vollzeit arbeiten,
um im Alter mehr als Grundsicherung zu erhalten. Das ist ein
gesellschaftspolitischer Skandal.“

35 Martin Kunzmann, Vorsitzender DGB-Bezirk Baden-Württemberg:
„Anfang des Jahrhunderts ist der rentenpolitische Sündenfall passiert, als
die paritätische Finanzierung der Rentenbeiträge aufgegeben wurde. Den
Beitrag zur privaten Vorsorge tragen die Beschäftigten weitgehend alleine.
40 Doch vielen Menschen fehlt das Geld, privat vorzusorgen. Zudem sind die
angebotenen Finanzprodukte bei Weitem nicht so leistungsfähig und
kostengünstig wie die gesetzliche Rentenversicherung. Die Schwächung
der gesetzlichen Rente geht vor allem zulasten der jungen Generation.
Junge Menschen brauchen eine planbare und verlässliche Alterssicherung.
45 Das geht nur mit einer solidarischen, umlagefinanzierten Rente. Mit
vernünftigen Konzepten ist es zu schaffen, die Beiträge hierfür zu
schultern.“

Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen
50 Werks Württemberg: „Alt zu werden ist mit Veränderungen verbunden.
Soziale Beziehungen und Aufgaben gehen verloren, Gesundheit und
Mobilität sind eingeschränkt. Wenn die Rente nicht für Kontaktpflege oder
Miete reicht, belastet das ungemein. Es gibt aber auch die andere Seite: Es
sind gerade die Menschen mit einer guten Alterssicherung, die bereit und in
55 der Lage sind, sich für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft
einzusetzen. Deshalb ist eine gute Alterssicherung für uns alle wichtig. Wer
heute Angst vor dem Alter haben muss, weil unsere Gesellschaft nicht in
der Lage ist, eine gute Alterssicherung für alle zu organisieren, wird im
Alter keinen Anlass haben, sich für diese Gesellschaft zu engagieren.“

60 Manuela Rukavina, Vorsitzende des Landesfrauenrates: „In Baden-
Württemberg verdienen Frauen durchschnittlich 26 Prozent weniger als
Männer, mit gravierenden Folgen für ihre Rente. Der alte Spruch „Frauen
leben länger- aber wovon?“ wird immer aktueller. Wir als Gesellschaft und
65 die Politik bauen in weiten Teilen darauf, dass Frauen ihre
Erwerbsbiographien am Wohle anderer ausrichten, bezahlen sie dafür

PRESSEINFORMATION

Verantwortlich:

Andreas Henke
ver.di-Landesbezirk
Baden-Württemberg
Königstraße 10 a
70173 Stuttgart
0711/88788-2390
0170/2212331
andreas.henke@verdi.de
<http://bawue.verdi.de>

Gemeinsame Presseinformation

schlechter und am Ende ihres Lebens stehen diese Frauen zum Dank dafür mit Minirenten da. Bei der aktuellen Lage und der Weiterentwicklung beim Thema Rente sieht man deutlich, warum sich der Landesfrauenrat und seine über 2,5 Millionen organisierten Frauen dem Bündnis angeschlossen haben.“

Bernhard Appel, Direktor des Caritasverbandes der Erzdiözese Freiburg: „Tiefgreifende wirtschaftliche Veränderungen bringen zunehmend gesellschaftliche ‚Verlierer‘ und ‚Gewinner‘ hervor. Hier mehr sozialen Ausgleich zu schaffen, kommt unserer gesamten Gesellschaft zugute, weil es den Zusammenhalt stärkt. Deshalb fordern wir politische Maßnahmen, die einer fortschreitenden sozialen Ungleichheit und der weiteren Polarisierung von Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft wirksam entgegensteuern. Dazu gehören auch faire und gerechte Arbeits- und Einkommensverhältnisse, die letztlich die Voraussetzung für ein finanziell abgesichertes Leben im Alter sind.“

Brigitte Rösiger, Geschäftsführerin Landesverband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV): „Alleinerziehende arbeiten praktisch ohne Aussicht auf Rente, sie steuern auf Altersarmut zu!“

Roland Sing, VdK-Vizepräsident und baden-württembergischer Landesvorsitzender des Sozialverbands VdK und Vorsitzender des Landesseniorenrats: „Die Absenkung des Rentenniveaus führt dazu, dass Menschen zu Bittstellern gemacht werden. Ihnen wird im Alter die Würde genommen, wenn sie nach ihrem Arbeitsleben Grundsicherung brauchen. Das ist bitter!“

Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Baden-Württemberg: „Altersarmut ist und wird vor allem weiblich sein. Insbesondere dann, wenn Frauen im Laufe ihrer Erwerbsbiographie vorwiegend Kinder betreut oder Angehörige gepflegt haben. Häufig können sie dadurch nur einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, nicht selten im Niedriglohnssektor. Die Rentenansprüche bewegen sich damit auf die Armutsschwelle zu oder sogar darunter. Armut im Alter darf kein Schicksal sein. Die Weichen der Alterssicherungspolitik müssen endlich neu gestellt werden und der Zusammenhang zwischen

Verantwortlich:

Andreas Henke

ver.di-Landesbezirk
Baden-Württemberg
Königstraße 10 a
70173 Stuttgart

0711/88788-2390

0170/2212331

andreas.henke@verdi.de

<http://bawue.verdi.de>

Gemeinsame Presseinformation

Erwerbstätigkeit und Altersarmut durch eine gerechtere Einkommenspolitik
105 durchbrochen werden.“

Im Bündnis sind Stand Anfang April folgende Organisationen, Verbände und
Gewerkschaften vertreten:

110 AWO Bezirksverband Württemberg e.V.;
Bischöfliches Ordinariat/FB Betriebsseelsorge;
Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart e. V.;
Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.;
115 DER PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg;
DGB-Bezirk Baden-Württemberg mit seinen acht Mitgliedsgewerkschaften:
Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG);
Gewerkschaft der Polizei (GdP);
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW);
120 Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG);
IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU);
IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE);
IG Metall Bezirk Baden-Württemberg;
ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg;
125 Diakonie Baden;
Diakonie Württemberg;
Evangelische Arbeitnehmerschaft ean;
Evangelische Frauen in Baden;
Evangelische Senioren in Württemberg (LAGES);
130 Katholische Arbeitnehmerbewegung KAB;
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA) der Evangelischen Landeskirche Baden;
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA) der Evangelischen Landeskirche Württemberg;
LAKA, Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen;
Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg;
135 Landesfamilienrat Baden-Württemberg;
Landesfrauenrat Baden-Württemberg;
Landesseniorenrat e.V.;
LandFrauenverband Württemberg-Baden e.V.;
Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V.;
140 Verband alleinerziehender Mütter und Väter.

PRESSEINFORMATION

Verantwortlich:

Andreas Henke

ver.di-Landesbezirk
Baden-Württemberg
Königstraße 10 a
70173 Stuttgart

0711/88788-2390

0170/2212331

andreas.henke@verdi.de

<http://bawue.verdi.de>